

Platz der Menschenrechte:

Wahrung immer neu erkämpfen

Schild auf Vorplatz des ZKM

Weltweit werden täglich Menschenrechte verletzt. Meinungs- und Pressefreiheit sind eingeschränkt, Menschen werden zum Tode verurteilt, gefoltert und misshandelt, ohne Anklage und Verfahren inhaftiert, diskriminiert und vertrieben. Karlsruhe setzt ein Zeichen. Erneut. Nach dem „Platz der Grundrechte“ zwischen Zirkel und Schloss gibt es vor dem ZKM nun einen „Platz der Menschenrechte“.

Bei eisigen Temperaturen wurde die Örtlichkeit am 10. Dezember, dem 67. Jahrestag der Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, feierlich ihrer Bestimmung übergeben. Der Platz umfasst das Areal zwischen dem ZKM-Hallenbau im Westen, Kubus und Filmpalast im Süden, Bundesanwaltschaft im Norden und Brauerstraße im Osten. Mit großer Mehrheit hatte sich der Gemeinderat im März für diesen Standort entschieden. Ausschlaggebend war, dass Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg in den Hallen der früheren Rüstungsfabrik (dem jetzigen ZKM) unter menschenunwürdigen Umständen Munition produzierten und dieser



SCHILDENTHÜLLUNG MIT SYMBOLKRAFT: Zur feierlichen Übergabe des Platzes der Menschenrechte auf dem ZKM-Vorplatz sprach unter anderem Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup. Fotos (4): Fränkle

Ort damit die systematische Verletzung von Menschenrechten, mit der benachbarten Bundesanwaltschaft heute aber auch deren Schutz symbolisiere.

Als Sitz der hohen Gerichte fühle sich Karlsruhe „der Wahrung der global geltenden Menschen- und Grundrechte besonders verpflichtet“, machte OB Dr. Frank Mentrup deutlich und freute sich, dass der Anstoß zur Platzbenennung aus den Reihen von Bürgerschaft und Gemeinderat kam. Überhaupt sei das zivilgesellschaftliche Engagement mit Ak-

tionen wie etwa der Woche gegen Rassismus „herausragend“. „Geben Sie die Menschenrechte nicht her“ appellierte Catherine Devaux, Bezirkssprecherin von Amnesty International Karlsruhe, an die Gästeschar, sie seien selbst in einem Rechtsstaat „nicht automatisch ein dauerhafter Zustand“. Bei ihrer Sicherung gehe es um „Haltung eines jeden Einzelnen“. Die Stadt bewiese Mut, sich des Themas zu widmen, meinte ZKM-Chef Peter Weibel. Sein Haus steuerte zur Feier des Tages die Ausstellung „Refugees in a State

Apartment“ mit großformatigen Fotos des in Berlin lebenden Künstlers Jens Ullrich bei. „Bestens aufgehoben“ sei der Platz in der Nachbarschaft seiner Behörde, fand der neue Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank.

Mit Inkrafttreten des deutschen Völkerstrafgesetzbuchs im Jahr 2002 könnten Völkermorde, Kriegsverbrechen und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Deutschland vor Gericht gebracht werden. Frank: „Wir ermitteln Sachverhalte in jedem Staat der Welt.“ -maf-